

## **ANTRAG**

**der Fraktion der FDP**

### **Rechtsstaat festigen, Justiz stärken, für eine zeitgemäße Ausbildung sorgen**

Der Landtag möge beschließen:

I. Der Landtag stellt fest:

1. Für den Rechtsstaat ist eine funktionierende unabhängige Justiz unabdingbare Voraussetzung. Alle staatlichen Entscheidungen müssen von unabhängigen Gerichten überprüft werden können und jeder Bürger muss die Möglichkeit haben, seine Rechte vor Gericht geltend zu machen. Im Hinblick auf den anhaltenden Verlust an Juristen im Justizdienst, in der Verwaltung, aber auch in der Rechtsanwaltschaft ist ein schnelles Handeln der Landesregierung erforderlich.
2. Die Digitalisierung bietet Möglichkeiten, die juristische Ausbildung mit neuen innovativen Formaten anzureichern und das Studium sowie das Referendariat in Mecklenburg-Vorpommern attraktiver zu gestalten. Mit der Änderung des Deutschen Richtergesetzes wurden die notwendigen Voraussetzungen geschaffen, dass juristische Staatsexamen künftig auch in Form von E-Klausuren geschrieben werden können.
3. Die Digitalisierung der Justiz wird spätestens zum Anfang 2026 mit der E-Akte und der Etablierung des elektronischen Rechtsverkehrs abgeschlossen sein. Eine zeitgemäße Ausbildung der juristischen Nachwuchskräfte erfordert auch die stärkere Einbindung der Rechtsreferendarinnen und Rechtsreferendare in den neuen digitalen Arbeitsalltag.

**II. Die Landesregierung wird aufgefordert,**

1. unverzüglich die Voraussetzungen zu schaffen, dass die Zahl der Studierenden der Rechtswissenschaften im Land steigt. Hierfür ist der Studiengang Rechtswissenschaften mit Abschluss erstes juristisches Staatsexamen an der Universität Rostock unverzüglich wieder einzurichten.
2. die rechtlichen Voraussetzungen für die Umsetzung der digitalen Staatsexamensprüfung in Mecklenburg-Vorpommern zu schaffen sowie die digitale Klausur im Rahmen von Arbeitsgemeinschaften zu ermöglichen.
3. zu prüfen, wie den Rechtsreferendarinnen und Rechtsreferendaren im Rahmen der Umsetzung des elektronischen Rechtsverkehrs sowie der E-Akte ein digitaler Austausch der Ausbildungsakten und deren Bearbeitung ermöglicht werden kann.
4. zu prüfen, wie die juristische Ausbildung durch weitere innovative Formate angereichert werden kann.
5. die Arbeitsbedingungen von Richtern, Justizbediensteten und Anwälten durch eine bessere Ausstattung der Gerichte für ein digitales Arbeiten zu verbessern und den digitalen Rechtsverkehr zu stärken.
6. ein Konzept zu entwickeln, um die Wettbewerbsfähigkeit des Landes in Bezug auf Juristinnen und Juristen zu stärken und dem Landtag bis spätestens 31. Mai 2023 vorzulegen.
7. zu prüfen, inwieweit Dienstposten in der Landesverwaltung, die derzeit für Juristinnen und Juristen vorgesehen sind, nicht durch qualifizierte Bedienstete mit anderweitigen Hochschulabschlüssen oder Berufsausbildungen besetzt werden können.

**René Domke und Fraktion**

**Begründung:**

Die Ausbildung von Juristinnen und Juristen dauert einschließlich der Prüfungszeiträume vom Studienbeginn bis zum Berufseinstieg in der Regel mindestens acht Jahre. Nicht nur im Justizdienst und in der Verwaltung ist der Bedarf an juristischen Nachwuchskräften groß. Das Land steht in bundesweiter Konkurrenz. Es ist daher zwingend erforderlich, die Zahl der Studierenden der Rechtswissenschaften im Land zu steigern und insbesondere den Studiengang Rechtswissenschaften mit Abschluss Erstes juristisches Staatsexamen in Rostock wieder einzuführen.

Die Möglichkeit, E-Klausuren anzubieten, wurde mit Änderung des Deutschen Richtergesetzes auf Bundesebene geschaffen. Das Angebot einer digitalen Klausur ist nicht nur als Erleichterung für den Prüfling zu sehen, sondern vereinfacht auch die Arbeit der Korrektorinnen und Korrektoren.

Die Digitalisierung der Justiz schreitet voran, auch in Mecklenburg-Vorpommern. Es ist wichtig, bereits in der Ausbildung die angehenden Juristinnen und Juristen mit der E-Akte sowie dem elektronischen Rechtsverkehr vertraut zu machen. Die Digitalisierung bietet zudem Möglichkeiten, den bisherigen Präsenzunterricht um neue innovative Formate anzureichern und das Lernangebot für das Selbststudium auszubauen.

In einem Arbeitsumfeld, in dem absehbar weniger Berufsträger tätig sind, kann durch Digitalisierung die Effizienz gesteigert werden. Dies beginnt bei der konsequenten digitalen Versendung jeglicher Schreiben, setzt sich fort in der Möglichkeit der Bürger, mit den Gerichten, aber auch sonstigen Behörden, umfassend digital zu kommunizieren, und endet nicht mit der Möglichkeit der konsequenten Nutzung von Videotechnik zur Durchführung von Verhandlungsterminen. Es ist nicht haltbar, dass derzeit pro Landgericht nur ein Raum für digitale Verhandlungen zur Verfügung steht und dass dieser bei jedem Gericht in Mecklenburg-Vorpommern bereits für mehrere Monate ausgebucht ist.

Nicht nur in Mecklenburg-Vorpommern ist der Bedarf an qualifizierten Juristinnen und Juristen hoch. Das Land steht im bundesweiten Wettbewerb. Der Bedarf an juristischem Fachpersonal für den Justizdienst, die Rechtsberatung und die Verwaltung sowie die Wirtschaft ist groß. Mecklenburg-Vorpommern ist gefordert, attraktivere Lebens- und Arbeitsbedingungen für Juristinnen und Juristen zu schaffen.